

BRIEF AUS BERLIN



NR. 05 | 18.03.2016 |

Europäischer Rat

„Wir müssen mit der Türkei reden“

Der Europäische Rat stand im Zeichen der Flüchtlingskrise: In Brüssel suchten am Donnerstag und Freitag die Staats- und Regierungschefs der EU erneut nach einer gemeinsamen Lösung. Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, machte zuvor im Deutschen Bundestag deutlich, dass die Türkei unbestritten ein Schlüsselland bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme sei.



Foto: Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel/photothek.net

„Es ist eine objektiv schwierige Situation, dieses weltweite Problem der Flüchtlingsströme zu bewältigen, und es ist in einem Europa mit unterschiedlichen nationalen Interessen in dieser Frage ganz besonders schwierig“, stellte Hasselfeldt klar. Wichtig sei jedoch auch, je weniger auf europäischer Ebene gelöst werde, desto größer werde der Druck, noch mehr nationale Maßnahmen zu ergreifen.

Ohne Zweifel sei die Türkei bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise ein Schlüsselland. Auf die türkischen Defizite bei den Menschenrechten, der Presse- und der Meinungsfreiheit müsse aber immer wieder hingewiesen werden. Dennoch gelte: „Wir müssen mit der Türkei reden, verhandeln und zu Lösungen kommen“, so Hasselfeldt. Dabei machte sie deutlich, dass die CSU-Landesgruppe Bedenken gegenüber einigen Forderungen der Türkei habe – wie hinsichtlich der EU-Vollmitgliedschaft und der vollen Visafreiheit für türkische Staatsbürger. Die Überprüfung der

Bedingungen, die die Türkei dafür zu erfüllen hat, dürfe nicht lasch gehandhabt werden, unterstrich Hasselfeldt. Sie machte deutlich, dass sie im derzeitigen Stadium keine Möglichkeit sehe, dass die Türkei volles Mitglied der EU wird. Es müsse zudem sichergestellt werden, so Hasselfeldt, dass die Flüchtlinge, die legal in die EU reisen, nicht einseitig auf Deutschland verteilt würden.

Integrations- kraft hat Grenzen

Das Ziel all dieser internationalen Bemühungen und der nationalen Maßnahmen ist klar: Es geht um eine deutliche und nachhaltige Begrenzung der Flüchtlingszahlen. „Die Integrationskraft unseres Landes hat Grenzen, und diese Grenzen müssen wir beachten“, so Hasselfeldt. Sie machte in diesem Zusammenhang deutlich: „Das, was in unserem Land an Nächstenhilfe, an humanitärer Begleitung bei der Unterbringung, bei der Versorgung, bei der Integration geleistet wird, ist beispielhaft und kann nicht oft genug gewürdigt werden; dafür gilt unser Dank.“



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sollten allen demokratischen Parteien Anlass zum Nachdenken geben.

Festzuhalten bleibt, dass die bisherigen Regierungen ihre Mehrheiten verloren haben. SPD und Grüne haben in keinem Land mehr eine Regierungsmehrheit. Die Linke ist in den westlichen Ländern mit jeweils unter drei Prozent klar am Einzug in die Landtage gescheitert und hat in Sachsen-Anhalt über sieben Prozent verloren. Die Grünen gewinnen in Baden-Württemberg, kommen in den beiden anderen Ländern aber nur noch knapp über die Fünf-Prozent-Hürde. Die SPD gewinnt die Wahl in Rheinland-Pfalz mit ihrem zweitschlechtesten Ergebnis seit über 50 Jahren und erlebt in den beiden anderen Ländern mit nur noch knapp über zehn Prozent ein Debakel. Die CDU verliert deutlich in Baden-Württemberg und leicht in den beiden anderen Ländern. Das Erstarken der AfD geht zu Lasten aller etablierten Parteien. In Sachsen-Anhalt sind AfD und Linke zusammen sogar stärker als CDU und SPD.

Wir müssen die Ergebnisse jetzt sauber analysieren und in großer Verantwortung Konsequenzen ziehen. Die Sorgen der Menschen gerade auch hinsichtlich der Auswirkungen der Flüchtlingskrise müssen wir ernst nehmen und auf allen Ebenen intensiv an effektiven Lösungen arbeiten. Weitere nationale Maßnahmen dürfen kein Tabu sein. Nur wenn wir die Probleme klar ansprechen und dann auch lösen, werden wir die Menschen zurückgewinnen können.

Dr. Reinhard Brandl MdB

Fachgespräch „Was treibt junge Menschen in den Djihad?“

Schutz vor Islamisten: Mehr Präventions- und Jugendarbeit

Was fasziniert junge Menschen am Djihad? Warum verschreiben sie sich einer „Religion“, die sie zu fanatischen Selbstmordattentätern werden lässt? Und wie kann eine solche Radikalisierung vermieden werden? Damit beschäftigte sich ein Fachgespräch der CDU/CSU-Fraktion in Berlin.

Bislang habe die Koalition ihr Augenmerk eher auf repressive Maßnahmen zur Bekämpfung des Islamismus gelegt, erklärte Stephan Mayer, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, und verwies auf die Vorratsdatenspeicherung oder den Entzug des Reisepasses. Sein Fazit: „Wir müssen uns noch intensiver der Präventions- und Jugendarbeit widmen.“

In der deutschen Islamisten-Szene seien die Salafisten – eine besonders radikale Form des Islam – die am stärksten wachsende Gruppe, berichtete der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen. „Wir dürfen diese Kurven nicht weiter ansteigen lassen.“ Salafisten seien gerade für Jugendliche attraktiv. Patrick Frankenberger von „Jugendschutz.net“ wies auf die



Foto: picture alliance/dpa

Professionalität islamistischer Videos in den sozialen Medien hin: „Angesprochen wird das Herz und nicht das Hirn.“ Facebook, YouTube und Twitter seien ideal zur Rekrutierung von Nachwuchs. Er sieht die Plattformbetreiber in der Pflicht, Videos schneller zu löschen und keine Empfehlungen für weitere Beiträge dieser Art zu geben.

Dass Präventionsarbeit nicht umsonst sei, erklärte Thomas Mücke vom „Violence Prevention Network“. Gefährdete junge Menschen seien erreichbar. Von der Politik wünscht er sich, Präventionsarbeit nicht von der Finanzstärke der Bundesländer abhängig zu machen und ein stärkeres Augenmerk auf den Strafvollzug zu legen.

Diese Woche

Europäischer Rat	
„Wir müssen mit der Türkei reden“	1
Fachgespräch „Was treibt junge Menschen in den Djihad?“	
Schutz vor Islamisten: Mehr Präventions- und Jugendarbeit	2
Bezahlbares Wohnen	
Stärkung des Wohnungsneubaus	2
Interview mit Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt	
Bundesverkehrswegplan: „Investiert wird dort, wo für Menschen und Wirtschaft der größte Nutzen entsteht“	3
Kommentar von Georg Nüsslein	
Pflege 4.0: „Innovation ja, Akademisierung nein“	4
Für Länder und Kommunen	
Mehr Geld vom Bund	4
Behindertengleichstellungsgesetz	
Für weniger Barrieren und mehr Teilhabe	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Matthias Tunger

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cdcsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bezahlbares Wohnen

Stärkung des Wohnungsneubaus

Wohnraum ist knapp: Deshalb hat die Bundesregierung ihre Wohnungsbaupolitik vorgestellt. Mit einem Maßnahmebündel aus Baulandbereitstellung, steuerlichen Anreizen und Mitteln zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus sollen Länder und Kommunen hierbei unterstützt werden.



Foto: picture alliance / Süddeutsche Zeitung Photo

„Wir haben in den letzten Jahren zu wenig gebaut“, stellte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Georg Nüsslein, im Plenum fest. Es gebe in Deutschland zu wenig bezahlbaren Wohnraum. „Aber wir sind auf einem guten Weg, das zu ändern.“ Er betonte, dass man dabei jedoch nicht in erster Linie den Flüchtlingszustrom im Blick habe.

„Wichtig ist, das wir endlich den privaten Wohnungsbau beleben,“ ergänzte die baupolitische Spreche-

rin der CSU-Landesgruppe, Marlene Mortler. Deshalb sei die steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Ein ganz besonderes Anliegen der Union sei die Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums, so Nüsslein: „Das Eigenheim ist etwas, das für die Rente gut ist, etwas, das wiederum Mietwohnungen freimacht und es ist mittlerweile auch eine integrationspolitische Chance.“

Interview mit Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt

Bundesverkehrswegeplan: „Investiert wird dort, wo für Menschen und Wirtschaft der größte Nutzen entsteht“

Gute Straßen, neue Strategie: Am Mittwoch wurde der **Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP)** vorgestellt. Im Interview erklärt Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) die wichtigsten Punkte, die größten Investitionsvorhaben und wie Bürgerinnen und Bürger nun eingebunden werden sollen.



Foto: picture alliance/Tagesspiegel

Herr Minister, können Sie uns kurz erklären, was sich hinter dem Bundesverkehrswegeplan eigentlich verbirgt und warum er so wichtig für unser Land ist?

Der Bundesverkehrswegeplan ist die Gesamtstrategie für die Entwicklung der Straßen, Schienen und Wasserwege des Bundes. Wir erreichen mit meinem Investitionshochlauf einen Rekordmittelaufwuchs für die Infrastruktur. Mit dem BVWP legen wir jetzt fest, wo wir in den nächsten Jahren investieren, um Deutschland zu modernisieren, zu vernetzen und zu beschleunigen. Der BVWP ist damit die wichtigste Zukunftsoffensive für unser Land – denn Wohlstand entsteht dort, wo Infrastruktur funktioniert. Ohne Mobilität gibt es keine

Prosperität. Das ist ein ökonomisches Grundprinzip.

Was sind die wesentlichen Punkte des neuen Bundesverkehrswegeplans?

Mit einem Volumen von 264,5 Milliarden Euro ist der BVWP 2030 das stärkste Investitionsprogramm für die Infrastruktur, das es je gab! Dabei setzen wir auf fünf Innovationen: Wir geben mit meinem Investitionshochlauf eine klare und realistische Finanzierungsperspektive – das heißt: Wir planen, investieren und bauen. Wir stärken mit einem Rekordanteil von 69 Prozent für Maßnahmen zur Modernisierung das Prinzip Erhalt vor Neu- und Ausbau. Wir setzen klare Prioritäten und investieren gezielt in

Hauptachsen und Knoten. Wir beseitigen Engpässe und steigern so die Leistungsfähigkeit im Gesamtnetz. Und wir gehen erstmals in eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung.

Wo genau soll denn investiert werden: Wie viel Geld steht für den Ausbau der Straßen, Schienen und Wasserstraßen zur Verfügung?

Investiert wird dort, wo für Menschen und Wirtschaft der größte Nutzen entsteht. Dabei nehmen wir erstmals unsere gesamte Verkehrsinfrastruktur in den Blick und sorgen für eine intelligente Vernetzung aller Verkehrsträger. Konkret investieren wir 130,7 Milliarden Euro in unsere Straßen, 109,3 Milliarden Euro in unsere Schienen und 24,5 Milliarden Euro in unsere Wasserwege – und stärken damit die Mobilität auf allen Verkehrsträgern.

Wie geht es jetzt weiter?

Wir werden die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger prüfen und bewerten und in unseren Entwurf miteinbeziehen. Anschließend wird der BVWP dem Kabinett zum Beschluss vorgelegt. Auf dieser Grundlage berät und verabschiedet der Bundestag die sogenannten Ausbaugesetze, mit denen dann finanziert und gebaut werden kann.



Das komplette Interview finden Sie [hier](#).

Zahlen, die wir Ihnen mit auf den Weg geben:

Verkehrsinfrastruktur

In Deutschland gibt es...



rund 830.000 km Straßen



rund 33.400 km Eisenbahnstrecken



rund 7.300 km Binnenwasserstraßen

Fahrzeugdichte

In Deutschland gibt es...



rund 665 Kfz je 1.000 Einwohner

Verkehrsbeteiligungsdauer



rund 1 Stunde und 23 Minuten pro Person und Tag

Kommentar von Georg Nüßlein

Pflege 4.0: „Innovation ja, Akademisierung nein“

Die Reform der Pflegeberufe wurde am Freitag in erster Lesung im Deutschen Bundestag debattiert. Mit dem Gesetz sollen die heute getrennten Ausbildungsgänge für Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege zu einem einheitlichen Ausbildungsberuf zusammengefasst werden. Doch Georg Nüßlein, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, sieht noch Klärungsbedarf – sein Kommentar:

Hintergrund der Reform ist, dass in Krankenhäusern der Anteil älterer, teilweise dementer Patienten genauso steigt wie der medizinische Behandlungsbedarf in Pflegeheimen. Gleichzeitig ist für den ambulanten Pflegebereich gut qualifiziertes, flexibel einsatzbares Personal immer wichtiger. Diesem Anspruch soll eine neue, generalistische Pflegeausbildung gerecht werden.

Die weitere Ausgestaltung des Pflegeberufereformgesetzes wird eine sogenannte Ausbildungs- und Prüfungsverordnung übernehmen. Anfang März wurden dem Bundestag die Eckpunkte zu dieser Verordnung übermittelt, die nun die Grundlage für die weitere Debatte bilden: Eine große Sorge in der CSU-Landesgruppe ist dabei, dass mit der Generalisierung auch eine erhebliche Akademisierung einhergehen



Foto: Henning Schacht / berlinpressphoto

könnte. Es darf nicht passieren, dass am Ende gerade für den wichtigen Bereich der Altenpflege weniger Absolventen zur Verfügung stehen beziehungsweise interessierte Bewerber abgeschreckt werden. Deshalb sage ich Ja zu Innovationen, aber Nein zu unnötiger Akademisierung.

Insgesamt sind derzeit noch etliche Vorgaben, die die genaue Ausgestaltung der einheitlichen Ausbildung betreffen, zu interpretationsbedürftig. Zu klären ist außerdem, wie im Bereich der Kinderkrankenpflege ein Ausbildungsstandard auf heutigem Niveau verbindlich gehalten werden könnte.

Für Länder und Kommunen

Viel Geld vom Bund

Ob für Bildung, Kinder und Familien oder für sozial Schwache – der Bund entlastet die Kommunen und Länder massiv. Mehr Geld, welches am Ende bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt. In unserer [Übersicht](#) lesen Sie, wofür genau finanzielle Mittel durch den Bund zur Verfügung stehen.



Behindertengleichstellungsgesetz

Für weniger Barrieren und mehr Teilhabe



Foto: picture alliance/dpa

Über die Novellierung des Behindertengleichstellungsgesetzes debattierte am Donnerstag der Deutsche Bundestag in erster Lesung. So wird künftig der Behindertenbegriff der UN-Behindertenrechtskonvention angepasst. Menschen werden demnach nicht nach ihren Defiziten betrachtet. Auch sollen Bundesbehörden verstärkt Kommunikation in leichter Sprache zur Verfügung stellen. Außerdem soll weiterhin die Barrierefreiheit bei Bauvorhaben verbessert werden.

CSU-Abgeordnete Astrid Freudenstein betonte in ihrer Rede im Bundestag, dass Bewusstseinsbildung das A und O der Inklusion und der Gleichstellung sei.

Seit 2002 gibt es das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG). Ziel des Gesetzes ist es, Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen zu beseitigen und zu verhindern sowie ihre gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten.